GR Michael Welte (CDU) nimmt wieder im Sitzungskreis Platz. H. Janarelli vom Ingenieurbüro Kirn nimmt auf der Verwaltungsseite Platz. Ortsbaumeister Ronald Knackfuß hält Sachvortrag. Er erläutert die Gründe für die Kostenüberschreitung: Man habe die Kosten für die Maßnahme, die für 2009 vorgesehen war, dann aber wegen der vorrangigen DSL-Versorgung in Ittersbach und der anschließenden Finanzkrise verschoben wurde, nicht konsequent fortgeschrieben. Weitere geringfügigere Gründe für die Kostensteigerungen resultierten aus höheren Massen und einem zusätzlichen Leerrohr sowie zusätzlichen Hausanschlüssen und Schächten. Die hauptsächlichen Kostentreiber seien jedoch die allgemein gestiegenen Preise und die geänderten Rahmenbedingungen durch die neue Deponieverordnung (allein hieraus resultierten Mehrkosten von 50.000 Euro). Großbaustellen in Karlsruhe und Stuttgart führten zu einem hohen Preisniveau. Marktbereinigungen durch Verkauf und Übernahme von Baufirmen grenze die Auswahlmöglichkeiten für Auftraggeber ein. Man habe sich auch über Einsparmöglichkeiten Gedanken gemacht. Änderungen im Bereich des Pflasters durch ein einfacheres als das geplante halte – so Knackfuß – die Verwaltung aus städtebaulichen Gesichtspunkten nicht für sinnvoll. Durch die notwendige Verschiebung der Maßnahme Kanalsanierung Jahnstraße nach 2016 stünden im laufenden Jahr 2014 328.000 Euro zur Verfügung. Damit könne das Haushaltsdefizit ausgeglichen werden. Die Jahnstraße könne durch die anstehende Baustelle Hauptstraße/Spielberger Straße in diesem Jahr nicht noch zusätzlich in Angriff genommen werden.
GR Roland Rädle (CDU) bewertet die Kostensteigerung sehr kritisch. In so einem Umfang habe man diese selten erlebt. Auch die Jahnstraße dürfe nicht wegfallen. Von einer Kostenexplosion spricht GR Klaus Steigerwald (SPD) und auch Ortsvorsteher Helmut Kunz (Freie Wähler) reiht sich in die Kritik ein und sieht steigende Baupreise auch bei anderen Maßnahmen. Ortsbaumeister Ronald Knackfuß sagt, dass die Jahnstraße trotz Verschiebung nicht wegfallen könne. Der Vorsitzende verweist auf allgemein steigende Preise bei anderen Baumaßnahmen beispielsweise bei der erfolgen Vergabe eines Regenüberlaufbeckens im Bereich der Abwasserverbänden.
GR Jürgen Herrmann (Freie Wähler) beantragt im Hinblick auf die Vorgriffe auf den Haushalt 2015/2016, die vorgegriffenen Maßnahmen aufzulisten.
Der Vorsitzende bittet den Gemeinderat, den Auftrag zum Ausbau der Friedrich-Dietz-Straße in Karlsbad-Ittersbach an den preisgünstigsten Bieter, die Firma Reif Bau GmbH & Co KG, 76437 Rastatt, zu einem Bruttoendpreis von 448.396,89 Euro zu vergeben. Die fehlenden Haushaltsmittel werden durch die Verschiebung der Kanalsanierungsmaßnahme Jahnstraße gedeckt. Die Maßnahme ist in 2016 neu zu veranschlagen. Der Gemeinderat stimmt dem Beschlussvorschlag mit 25 Jastimmen, ohne Gegenstimmen und Enthaltungen zu.

Zu 8. Beratung und Beschlussfassung über die Beteiligung der Gemeinde am Umbau Haltepunkt St.-Barbara/Bahnübergang
G 14/015

Hauptamtsleiter Benedikt Kleiner hält Sachvortrag. Nach der Sanierung des Haltepunktes St. Barbara mit erneuerten Bahnsteigkanten im Sommer 2013 wurde eine vorhandene, stark von Schülern des Schulzentrums, Anwohnern, Beschäftigten und Besuchern des Klinikums sowie Radfahrern frequentierte Querung in der Mitte des Haltepunktes ohne Rücksprache mit der Gemeinde ersatzlos entfernt. Anstatt den gesicherten Bahnübergang am westlichen Ende zu nutzen, querten zahlreiche Personen die Gleise an der Stelle des ehemaligen stufenlosen Überganges. Dies sei

sehr gefährlich und könne nicht zugelassen werden. Nach Vor-Ort-Terminen habe die AVG Anfang Dezember drei Planvarianten für einen Fußgängerüberweg erstellt und an die Gemeinde übersandt. Die Varianten 1 und 2 sehen entweder gar keine veränderte Wegführung oder nur eine Veränderung des Weges auf der Seite in Richtung Schulzentrum vor. Die Verwaltung empfehle die dritte Variante mit einer maximalen Kostenbeteiligung der Gemeinde in Höhe von 80.000 Euro, die im Gegensatz zu den Varianten 1 und 2 auch die vorhandenen Wegeführungen auf beiden Gleisseiten so ändert, dass die Passanten gezielt auf den neuen Übergang geführt werden. Die AVG lehnt eine komplette Kostenübernahme ab und argumentiere, dass die Gemeinde selbst vor Jahren ohne Absprache mit der Verkehrsgesellschaft den Weg in Richtung alter Bahnübergang verlängert und so die Fahrgäste „verwöhnt“ habe. In Aussicht gestellt worden sei dass die AVG 50 Prozent der Kosten – also 80.000 Euro – übernehme. Darüber hinaus soll die Maßnahme zur Förderung im Rahmen des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz angemeldet werden. Bei einer geschätzten Förderung von 50 Prozent würden der AVG und der Gemeinde je circa 40.000 Euro Kosten entstehen. Die AVG würde die Kosten im Jahr 2015 in Rechnung stellen, so dass die Summe für den Haushalt 2015/2015 aufgenommen werden könne.
Die Gemeinderäte kritisieren die AVG für ihr Verhalten sehr deutlich.
GR Günter Höger (CDU) meint, dass diese den Löwenanteil der Maßnahmen übernehmen müsse. Hätte man frühzeitig miteinander gesprochen, dann wäre gleich eine Lösung gefunden worden.
GR Willibald Müller (Freie Wähler) spricht von einer fehlenden Kommunikationsbereitschaft seitens der AVG. Dies könne künftig so nicht weitergehen.
GR Klaus Steigerwald (SPD) betont, dass die Gemeinde Karlsbad von der Größe her für die AVG ein wichtiger Ansprechpartner sein müsse und entsprechend behandelt werden soll.
GR Uwe Rohrer (Bündnis 90/Grüne) bewertet das Verhalten der AVG gar als unverschämt und arrogant. Weiterhin schließt sich GR Joachim Karcher (Freie Wähler) der Kritik an.
GR Günter Metz (Freie Wähler) meint, dass man auch in Ittersbach schon oft von der AVG vor vollendete Tatsachen gestellt worden sei und führte hierbei das Vorgehen bei der Kostenübernahme von zwei Signalanlagen als Beispiel an. Die Gemeinde müsse bezüglich der Kostenübernahme nachverhandeln.
Der Vorsitzende sagt, dass die AVG bereits den mangelnden Informationsfluss eingestanden habe und man bezüglich der Forderungen an diese realistisch bleiben müsse. Die Gemeinde wolle nun die Umsetzung der Variante drei und einen Förderantrag über das GVFG mit der AVG voranbringen.
Der Vorsitzende lässt über folgenden Beschlussvorschlag abstimmen: Der Gemeinderat stimmt einer Kostenbeteiligung der Gemeinde an der Maßnahme Variante 3 und der Finanzierung (Kostendeckung über IBA 144004-AKP Kurfürstenbadstraße) mit einer maximalen Kostenbeteiligung von 80.000 Euro zu. Bezüglich der Kostenbeteiligung wird nochmals mit der AVG verhandelt.
Der Gemeinderat beschließt dies mit 23 Jastimmen, ohne Gegenstimmen und 1 Enthaltung.

Zu 9. Beratung und Beschlussfassung über den Erlass einer Satzung zu verkaufsoffenen Sonntagen in Karlsbad im Jahr 2014
G 14/016

Die GR Klaus Steigerwald (SPD) und Michael Schmidt (CDU) erklären sich für befangen und verlassen den Sitzungskreis. Ein Sachvortrag wird nicht gewünscht. Der